Sachdokumentation:

Signatur: DS 5867

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5867

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

MODERNE SICHERHEIT BRAUCHT MODERNE GESETZE.



JA ZUR ANPASSUNG DES KRIEGSMATERIAL-GESETZES (KMG)

economiesuisse SWISSMEM GLP Die Mitte FDP SVP VMG ASPM ASPM SOGISSOISSU Allianz Sicherheit Schweiz

JA ZUM KMG
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Einladung zur Medienkonferenz: Lancierung überparteiliche Ja-Kampagne zur Anpassung für das Kriegsmaterialgesetz (KMG)

Medienkonferenz: Donnerstag, 15. Oktober 2026, 13:15 Uhr

Medienzentrum Bundeshaus, Bundesgasse 8 – 12, 3003 Bern

Am 29. November stimmen wir über eine Anpassung des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) ab. Für das KMG setzen sich ein: SVP, Die Mitte, FDP, grünliberale, economiesuisse, Swissmem, Schweizerischer Arbeitgeberverband SAV, Schweizerischer Gewerbeverband SGV, Schweizerische Offiziersgesellschaft SOG, Schweizer Schiesssportverband SSV, Verband Militärischer Gesellschaften VMG, Allianz Sicherheit Schweiz und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen.

An der Medienkonferenz erläutern folgende Personen die Argumente des Ja-Komitees:

- Reto Nause, Nationalrat Die Mitte und Präsident Allianz Sicherheit Schweiz
- Michael Götte, Nationalrat SVP SG
- Heinz Theiler, Nationalrat FDP SZ
- Céline Weber, Nationalrätin grünliberale VD
- Monika Rühl, Direktorin economiesuisse
- Sidney Kamerzin, Nationalrat Die Mitte VS

Die Referierenden stehen nach der Medienkonferenz für Fragen und Interviews zur Verfügung.
Für die Teilnahme an der Medienkonferenz bitten wir Sie um eine Anmeldung bis zum 14. Oktober an schuler@allianzsicherheit.ch.

Kontakte

› Reto Nause, Nationalrat Die Mitte und Präsident Allianz Sicherheit Schweiz, +41 79 439 90 57
› Alice Späh, Geschäftsführerin Allianz Sicherheit Schweiz, +41 79 759 56 55
› Marcel Schuler, Kampagnenleiter bürgerliche Kampagne, +41 79 589 22 22

JA ZUM KMG
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 15. Oktober 2026, 13:15 Uhr

Medienmitteilung
Bern, 15. Oktober 2026

Moderne Sicherheit braucht moderne Gesetze

Breite Allianz von SVP bis GLP lanciert die Ja-Kampagne zum Kriegsmaterialgesetz

Ohne Anpassung des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) verliert die Schweiz die Technologien und das Know-how, die sie für ihre Verteidigung braucht. Mit dieser Botschaft haben SVP, FDP, Mitte und GLP heute in Bern gemeinsam mit den führenden Wirtschaftsverbänden die Ja-Kampagne lanciert. Abgestimmt wird am 29. November.

Die Anpassung ändert die Regeln für die Belieferung unserer Partnerländer, die Belieferung im Konfliktfall und den Zeitpunkt, zu dem der Bundesrat die Regeln für die Weitergabe festlegt. Diese werden neu zum Verkaufszeitpunkt und nicht mehr im Konfliktfall bestimmt. Hinter dem Ja zur Anpassung stehen Bundesrat und Parlament, GLP, Mitte, FDP, SVP und EDU sowie alle führenden Wirtschaftsverbände.

Verteidigen, was wir lieben
«*Moderne Sicherheit braucht moderne Gesetze. Und diese Anpassung braucht es, damit sich die Schweiz verteidigen kann*», sagt Nationalrat Reto Nause (Die Mitte BE), Präsident der Allianz Sicherheit Schweiz. Heute gilt: Wird ein Nachbar- oder Partnerland angegriffen, bekommt es von der Schweiz keine Munition und keine Ersatzteile mehr. Und was es bei uns gekauft hat, darf es nicht an seine Verbündeten weitergeben. Die Folgen sind fatal: Deutschland, Dänemark, die Niederlande und weitere Staaten kaufen nichts mehr in der Schweiz. Die Folge: Schweizer Firmen haben Personal entlassen und Produktionen ins Ausland verlagert. «*Ein solcher Lieferant ist kein Partner, sondern ein Risiko.*», sagt Nationalrat Sidney Kamerzin (Die Mitte VS).

Neutralität braucht Unabhängigkeit
Wer Systeme, Ersatzteile und Munition im Ausland beschaffen muss, steht im Ernstfall hintenan. Deshalb sagt auch Nationalrat Michael Götte (SVP SG): «*Die Neutralität der Schweiz setzt voraus, dass sie ihre Sicherheit eigenständig gewährleisten kann. Eine glaubwürdige bewaffnete Neutralität braucht deshalb die entsprechenden sicherheitsrelevanten Industriekompetenzen im eigenen Land. Wer abhängig ist, kann nicht neutral sein und sich nicht verteidigen*.» Neu kann der Bundesrat eine Ausfuhr auch aus neutralitätspolitischen Gründen ablehnen. Doch nur von den Aufträgen der Schweizer Armee allein kann diese Industrie nicht leben. «*Ohne Verteidigungsindustrie wird die Armee zur Fassade. Und eine Fassade schützt niemanden*. *Wer im Konfliktfall den Unterhalt der Armee eigenständig gewährleisten will, stimmt am 29. November Ja zur pragmatischen KMG-Anpassung*.», sagt Nationalrat Heinz Theiler (FDP SZ).

Erfunden in der Schweiz, gebaut in der Schweiz
Die Schweiz gehört in Forschung und Entwicklung zur Weltspitze, gerade in Robotik, Drohnen und Raumfahrt. Ein Prototyp wird aber erst zum Schweizer Produkt, wenn er hier hergestellt werden kann.

JA ZUM KMG
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

«*Ohne Produktion wandern Arbeitsplätze, Patente und geistiges Eigentum ins Ausland ab. Das heisst: Wir finanzieren die Forschung, und andere ernten die Früchte*», sagt Nationalrätin Céline Weber (GLP VD). Betroffen sind über 3'000 Zulieferer, grösstenteils KMU. «*Wandern noch mehr Unternehmen ab, gehen auch die damit verbundenen Tech-Lehrstellen und hochqualifizierten Arbeitsplätze verloren*», sagt Monika Rühl, Direktorin economiesuisse.

Kontakte

› Reto Nause, Nationalrat Die Mitte und Präsident Allianz Sicherheit Schweiz, +41 79 439 90 57

› Alice Späh, Geschäftsführerin Allianz Sicherheit Schweiz, +41 79 759 56 55

› Marcel Schuler, Kampagnenleiter bürgerliche Kampagne, +41 79 589 22 22

JA ZUM KMG
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 15. Oktober 2026, 13:15 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Krieg ist real

Reto Nause, Präsident Allianz Sicherheit Schweiz, Nationalrat Die Mitte

---

Am 29. November stimmen wir über das Kriegsmaterialgesetz ab. Neben mir sitzen Michael Götte (SVP), Heinz Theiler (FDP), Céline Weber (Grünliberale), Monika Rühl (economiesuisse) und Sidney Kamerzin (Die Mitte). Hinter uns stehen Bundesrat und Parlament, die Grünliberalen, Die Mitte, FDP, SVP und EDU, economiesuisse, Swissmem, der Schweizerische Arbeitgeberverband, der Schweizerische Gewerbeverband, der Schweizer Schiesssportverband, die Schweizerische Offiziersgesellschaft, der Verband Militärischer Gesellschaften und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen. Eine breite Allianz!

Warum sitzen wir hier? Das Parlament hat das Kriegsmaterialgesetz geändert, weil wir mit der Realität konfrontiert sind, dass es auf dieser Welt Krieg gibt. Der Krieg ist zwar noch nicht bei uns angekommen – der Frieden, wie wir ihn Jahrzehnte kannten, ist aber auch nicht mehr da.

Wenn unsere Militärinfrastrukturen x-fach von Drohnen überflogen werden, wenn Cyberattacken auf unsere Institutionen täglich Realität sind und wenn unsere kritischen Infrastrukturen ganz offensichtlich Ziel von Spionageaktivitäten sind, dann stehen die Zeichen auf Konflikt. Die Schweiz ist militärisch gesprochen «rückwärtiger Raum». Wer die aktuellen Konflikte im Nahen Osten und der Ukraine analysiert, stellt fest, dass gerade der rückwärtige Raum Ziel von asymmetrischen Attacken ist, um Chaos zu stiften. Dagegen wollen wir uns wehren können. Und um verteidigungsfähig zu sein, ist eine rüstungsindustrielle Basis ein zentraler Pfeiler.

Know-how und technologische Kompetenzen im eigenen Land sind zentral. Die Produktion von Schlüsselelementen wie Munition im eigenen Land sind zentral. Die Ukraine zeigt dies gerade eindrücklich auf. Wir müssen aber auch liefern können, dass wir auch beliefert werden. Blumen auf den Helm kleben, hilft vielleicht in Woodstock. Unserer Armee hilft es aber nicht, wenn sie nichts für den Einsatz hat. Unseren Söhnen und Töchtern im Militär hilft diese pazifistische Haltung nicht.

Moderne Sicherheit braucht moderne Gesetze. Und diese Anpassung braucht es, dass sich die Schweiz verteidigen kann.

Heute gilt: Wird ein Partnerland angegriffen, bekommt es von uns nichts mehr. Keine Munition, keine Ersatzteile. Und was es bei uns gekauft hat, darf es nicht an seine Verbündeten weitergeben. Die Folge haben wir gesehen: Firmen und Kompetenzen sind ins Ausland abgewandert.

Deshalb haben Bundesrat und Parlament eine Änderung beschlossen. Die Revision ändert drei Dinge:

1. Die Regeln für die Belieferung unserer Nachbar- und Partnerländer.
2. Die Belieferung dieser Länder im Konfliktfall.
3. Den Zeitpunkt, zu dem der Bundesrat die Regeln für die Weitergabe festlegt: neu beim Verkauf und nicht mehr erst im Konfliktfall. Beim Verkauf entscheidet er auch, ob aussenpolitische, neutralitätspolitische oder sicherheitspolitische Gründe eine Nichtwiederausfuhr-Erklärung erfordern. Neu ist, dass er sie auch aus neutralitätspolitischen Gründen verlangen kann.

Darum braucht es am 29. November ein Ja.

JA ZUM KMG
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 15. Oktober 2026, 13:15 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Bewaffnete Neutralität erhalten

Michael Götte, Nationalrat SVP, Gemeindepräsident Tübach

Wer neutral bleiben will, muss sich selbst verteidigen können. Und das geht nicht ohne eigene Industrie. Als Gemeindepräsident von Tübach und als Ostschweizer weiss ich: Sicherheit und Arbeitsplätze in den Regionen gehören zusammen. Eine der grössten Arbeitgeberinnen am Schweizer Bodensee ist die Mowag, die mit 900 Mitarbeitenden (60 Lernende) gepanzerte Fahrzeuge für unsere Armee baut, mit rund 150 Zulieferbetrieben im Thurgau und 1'000 in der Schweiz.

Wandern solche Firmen ab oder kaufen Partner nicht mehr bei uns ein, müssen wir alle Systeme, Ersatzteile und Munition im Ausland beschaffen. Im Ernstfall stehen wir dann hintenan. Das hat uns die Corona-Pandemie gezeigt, als medizinisches Material für die Schweiz an ausländischen Grenzen zurückgehalten wurde. Wer abhängig ist, kann nicht neutral sein. Er wird zum Spielball anderer.

Die Neutralität der Schweiz setzt voraus, dass sie ihre Sicherheit eigenständig gewährleisten kann. Eine glaubwürdige bewaffnete Neutralität braucht deshalb eine einsatzfähige Armee und die entsprechenden sicherheitsrelevanten Industriekompetenzen im eigenen Land.

Nicht nur die Abhängigkeit gefährdet die Neutralität, sondern auch der Status quo. Der Bundesrat musste schon mehrfach unter internationalem und medialem Druck entscheiden, was mit Gütern aus Schweizer Produktion geschieht. Wir sehen: Dass der Bundesrat erst im Konfliktfall entscheiden muss, schwächt unsere Neutralität. Deshalb ist es richtig, dass der Bundesrat neu zum Zeitpunkt des Verkaufs entscheidet. Dann kann er die aussen-, sicherheits- und neutralitätspolitischen Überlegungen nüchtern anstellen. Das Neutralitätsrecht gilt weiterhin. Das hat der Bundesrat bestätigt.

Neu ist: Das Gesetz nennt die Neutralität ausdrücklich als neue Veto-Möglichkeit für den Bundesrat. Der Bundesrat kann eine Ausfuhr ablehnen oder eine Nichtwiederausfuhr-Erklärung verlangen, wenn neutralitätspolitische Gründe es erfordern. Darum ist diese Revision keine Abkehr von der Neutralität. Sie stärkt sie.

Neutralität ist nichts, was man einmal beschliesst. Man muss sie jeden Tag sichern, mit einer Armee, die funktioniert, und einer Industrie, die sie versorgt. Wer neutral bleiben will, muss sich selbst verteidigen können. Und das geht nicht ohne eigene Industrie. Darum sage ich Ja zum Kriegsmaterialgesetz.

JA ZUM KMG
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 15. Oktober 2026, 13:15 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Verteidigungsfähigkeit braucht eine starke Industriebasis

Heinz Theiler, Nationalrat FDP

Was können wir aus der Vergangenheit und aus aktuellen Kriegen lernen? Kriege werden nicht am ersten Tag entschieden. Sie werden über die Durchhaltefähigkeit entschieden. Über Munition, Ersatzteile und Instandhaltung. Ein Panzer ohne Ersatzteile steht nach wenigen Wochen still. Ein Geschütz ohne Munition ist Altmetall. Wir sehen es in der Ukraine: Wo sie auf Lieferungen aus den USA angewiesen ist, ist sie verwundbar. Wo sie eine eigene Industrie hat, kann sie sich verteidigen.

Der Bundesrat sagt es selbst in seinen Leitlinien zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und in seiner rüstungspolitischen Strategie: Eine durchhaltefähige Armee braucht eine leistungsfähige Industriebasis.

Nur: Von unserer Armee allein kann diese Industrie nicht leben. Ein Beispiel: Für die neue Artillerie unserer Armee entsteht das Fahrzeug in Kreuzlingen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten bauen wir wieder einen Teil unserer Artillerie selbst. Aber unsere Armee beschafft 32 neue Radhaubitzen. Damit lastet man kein Werk aus. Unsere Industrie muss exportieren können.

Warum wir heute ein Problem haben, zeigt das Beispiel der Gepard-Munition. Deutschland hatte in der Schweiz Munition für den Flugabwehrpanzer Gepard gekauft: 12’400 Schuss. Ein Gepard verschiesst 1’100 Schuss pro Minute. Es ging also um gut elf Minuten Feuer für Luftabwehr. Trotzdem durfte Deutschland diese Munition nicht weitergeben. Für Deutschland war das ein Weckruf. Es baute eine eigene Munitionsproduktion auf. Diese Arbeit kommt nicht mehr zurück. Und andere Staaten zogen nach. Bei neuen Beschaffungen berücksichtigten sie die Schweiz nicht mehr. In Deutschland heisst es heute in der Beschaffung «no Chinese, no Swiss». Die Schweiz auf einer Stufe mit China. So weit sind wir gekommen. Schweizer Firmen verloren Kunden, entliessen Personal und bauten im Ausland neue Produktionen auf.

Was heisst das für unsere Armee? Drei Dinge.

1. Erstens: kein eigener Unterhalt. Im Ernstfall warten wir auf den Techniker aus dem Ausland. Und der kommt nicht.
2. Zweitens: keine Abhaltewirkung. Ein Gegner zählt nicht nur unsere Panzer. Er rechnet, wie lange wir durchhalten.
3. Drittens: keine Verhandlungsposition. Am Verhandlungstisch zählt, was man selbst zu bieten hat. Wir hätten nichts.

Wir investieren in den nächsten Jahren Milliarden in unsere Armee. Es wäre fahrlässig, gleichzeitig die Industrie wegbrechen zu lassen, die diese Systeme am Leben hält. Ohne Verteidigungsindustrie wird die Armee zur Fassade. Und eine Fassade schützt niemanden. Darum sage ich Ja zum Kriegsmaterialgesetz.

JA ZUM KMG
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 15. Oktober 2026, 13:15 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Forschung und Entwicklung in der Schweiz halten

Céline Weber, Nationalrätin GLP
Die Rede wird auf Französisch gehalten.

Die Schweiz gehört in Forschung und Entwicklung zur Weltspitze. Wir haben die ETH, die EPFL, starke Fachhochschulen und Start-ups, die international gefragt sind. In der Robotik, bei Drohnen und in der Raumfahrt haben wir hervorragende Firmen, KMUs, gerade auch in der Romandie.

Diese Forschung dient zivilen und militärischen Zwecken zugleich. Sie ist klassisch Dual Use: Eine Drohne kann Brücken kontrollieren, Waldbrände erkennen oder militärische Aufklärung leisten. Gleiche Technologie, völlig unterschiedliche Nutzung. Dasselbe gilt für Satelliten in der Erdbeobachtung, der Geopositionierung und der Kommunikation.

Forschung allein schafft aber noch keine Wertschöpfung. Ein Prototyp wird erst zum Produkt, wenn ein Unternehmen ihn herstellen, skalieren und verkaufen kann. Genau daran scheitert es heute.

Seit wir unsere Gesetzgebung verschärft haben, haben spezialisierte Firmen ihren Sitz ins Ausland verlegt, Start-ups und Spin-offs (KI, Drohnen, Cyber etc.) wurden direkt im Ausland gegründet und die ETH und EPFL sind aus sechs Forschungsprojekten gefallen.

Unser Forschungsstandort leidet unter der heutigen starren Gesetzgebung. Wir haben kein modernes Gesetz für moderne Bedrohungen. Ein Beispiel: Ein Start-up entwickelt in der Schweiz Systeme zur Drohnenabwehr und kann sich international in Ausschreibungen durchsetzen. Mit der jetzigen Gesetzgebung kann es seine Produktion nicht in der Schweiz aufbauen und müsste dies beispielsweise in den USA tun. Ohne Produktion wandern Arbeitsplätze, Patente und geistiges Eigentum ins Ausland ab. Das heisst: Wir finanzieren die Forschung, und andere ernten die Früchte.

Wenn wir uns verteidigen wollen, brauchen wir verlässliche Partner, und wir müssen selbst verlässlich sein. Forschung und Entwicklung entstehen heute in internationalen Netzwerken. Hochschulen, Start-ups, KMUs und Industrie arbeiten über die Grenzen hinweg zusammen. Ein Partner investiert aber nur dort in gemeinsame Projekte, wo er sicher ist, dass er das Ergebnis später auch nutzen darf, auch im Krisenfall, und dass er es mit seinen Verbündeten teilen kann. Genau diese Sicherheit können wir heute nicht bieten. Deshalb werden Schweizer Firmen bei europäischen Projekten oft gar nicht erst angefragt.

Die Revision ändert das. Neu entscheidet der Bundesrat bereits beim Verkauf, was gilt, und nicht erst beim Wiederverkauf. Wer bei uns kauft oder mit uns entwickelt, weiss von Anfang an, woran er ist. So bleiben die besten Köpfe und die besten Ideen in der Schweiz. Darum sage ich Ja zum Kriegsmaterialgesetz.

JA ZUM KMG
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 15. Oktober 2026, 13:15 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Wir wollen Tech-Lehrstellen in der Schweiz. Mit einem Ja stoppen wir den Niedergang in wichtigen Industrie- und Technologiesektoren.

Monika Rühl, Direktorin economiesuisse

Wenn wir über das Kriegsmaterialgesetz sprechen, denken viele an Munition und Tarnnetze. Ich denke auch an kleine Zahnrädchen, Drohnen und Satelliten. Und an die Menschen, die sie herstellen: Lehrlinge und Arbeitsplätze, die über wertvolles technisches Know-how verfügen oder die Forschung. Hinter dieser Branche stehen rund ein Dutzend Systemhersteller, rund 120 Komponentenhersteller und über 3'000 Zulieferer in allen Landesteilen, von der Präzisionsmechanik über die Elektronik bis zur Software. Grösstenteils sind es KMU.

Der inländische Markt allein ist zu klein, um eine eigene Rüstungsindustrie aufrechtzuerhalten. Wandern Unternehmen ab, gehen auch die damit verbundenen Tech-Lehrstellen und hochqualifizierten Arbeitsplätze verloren. Munitionsproduktionen und andere Betriebe werden ins Ausland verlagert, neue Forschungs- und Produktionsstandorte entstehen in Deutschland, Italien oder den USA statt in der Schweiz. Leider ist der Wegzug dieser Firmen Realität. Die Abwanderung hat begonnen: Nicht, weil unsere Firmen schlechter wären, sondern weil es bei uns keine Liefersicherheit gibt.

Die Gegner sagen, der Branche gehe es glänzend, die Exporte seien gestiegen. Schauen wir genauer hin: Rund 60 Prozent der Exporte sind heute Einzelteile und Baugruppen. Die Gesamtsysteme entstehen zunehmend anderswo. Die Kunden decken ihren laufenden Bedarf noch bei uns und bauen gleichzeitig Lieferketten ohne die Schweiz auf. Was heute nicht bestellt wird, fehlt in drei, vier Jahren in den Auftragsbüchern.

Für economiesuisse ist klar: Sicherheit ist ein Standortfaktor. Unternehmen investieren dort, wo sie Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit haben. Genau das fehlt heute. Die Revision schafft sie, mit Bewilligungspflicht und unter der Kontrolle des Bundesrats.

Sagen deshalb auch Sie Ja zum KMG. Für einen starken Wirtschaftsstandort und eine sichere Schweiz. Alle Polymechanikerinnen, Elektroniker und Automatikerinnen werden es Ihnen ebenfalls danken.

JA ZUM KMG
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 15. Oktober 2026, 13:15 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Kein Sicherheitsrisiko in Europa

Sidney Kamerzin, Nationalrat Die Mitte
Die Rede wird auf Französisch gehalten.

Die Schweiz profitiert wie kaum ein anderes Land von der Sicherheit Europas. Wir liegen mitten in einem Kontinent, der in seine Verteidigung investiert, auch zu unserem Schutz.

Doch was sind wir heute für Europa? Ein Lieferant und ein Ziel. Ein Lieferant, der im Ernstfall nicht liefern darf. Ein solcher Lieferant ist kein Partner, sondern ein Risiko. Die EU fördert heute nur noch gemeinsame Beschaffungen. Wer Material nicht unter Partnern austauschen darf, bleibt draussen. Ohne eigene Verteidigung werden wir zum Sicherheitsrisiko und zum Ziel. Viel zu schnell wird an jenen ein Exempel statuiert, die nichts in die Waagschale werfen können. Deshalb sage ich Ja zum KMG und Ja, dass wir kein Sicherheitsrisiko in Europa sind und Ja, dass wir keine Trittbrettfahrer sind.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Gegnern sagen: Die Gegner sprechen von einem Freipass. Das ist falsch. Die vermischen eine pazifistische Agenda mit dem, um was es beim KMG wirklich geht. Die Erleichterungen bei der Weitergabe gelten für Staaten mit vergleichbarer Exportkontrolle, nicht für die ganze Welt. Die Kontrolle bleibt. Es verschiebt sich jedoch der Zeitpunkt dieser Kontrolle, nämlich vom Konfliktzeitpunkt zum Kaufzeitpunkt. In diesem Moment entscheidet der Bundesrat, ob eine Gefahr der unerwünschten Weitergabe besteht oder nicht.

Das Risiko einer unkontrollierten Weitergabe ändert sich mit der KMG-Revision nicht, weil diese kein Bestandteil der Revision ist – die Regelung hierzu bleibt gleich. Der Bundesrat darf keine Exportgenehmigung erteilen, wenn die Gefahr einer unerwünschten Weitergabe besteht. Das KMG ändert:

1. die Regeln für die Belieferung unserer Partnerländer
2. die Belieferung im Konfliktfall
3. den Zeitpunkt, wann der Bundesrat die Regeln für die Weitergabe festlegt. Diese werden neu zum Kaufzeitpunkt und nicht mehr im Konfliktfall bestimmt.

Völkerrecht, Embargos und internationale Verpflichtungen gelten unverändert. Staaten, die Menschenrechte systematisch verletzen oder Waffen gegen die eigene Zivilbevölkerung einsetzen, werden nicht beliefert. Konkret: Russland und Syrien sind keine Partnerländer. Sie dürfen nicht beliefert werden.

Von den Gegnern wird auch vorgebracht, dass es schade sei, dass die Ukraine nicht profitiere. Ja, es ist so, diese Vorlage ist kein Ukraine-Gesetz. Es ist, wie ich vorhin ausgeführt habe, eine Änderung der Ausfuhrbestimmungen für Lieferungen an KMV-Anhang-2-Staaten. Warum ändern wir das? Weil mit dem Ausbruch des Krieges deutlich wurde, wie real der Krieg ist und dass unser Gesetz nicht auf die modernen Bedrohungen passt – moderne Sicherheit braucht moderne Gesetze. Stellen Sie sich vor, Sie fliegen kurz nach Lissabon. In weniger als dieser Distanz fallen heute in Lwiw Bomben. Dafür ist die Anpassung des KMG gedacht: dass wir uns schützen und wappnen können. Mit der Revision wird angestrebt, die überlebenswichtigen Exporte für die Verteidigungsindustrie wieder zu ermöglichen und damit eine spezialisierte Industriebasis für die Armee zu erhalten, damit sich die Schweiz verteidigen kann.